

*»Wir brauchen heute keinen Menschen  
mehr, der wie Lenin aussieht.«  
Fritz Cremer am 8. November 1968*

Am 19. April 1970, wenige Tage vor Lenins 100. Geburtstag, erschienen 200 000 Menschen auf jenem Platz im Berliner Bezirk Friedrichshain, auf dem Walter Ulbricht das Lenin-Denkmal enthüllte und erklärte: »Neue Symbole braucht die Stadt.«<sup>1</sup> Als Thomas Rietzschel am 29. Oktober 1990, ein Jahr nach dem Ende der DDR, in der »Frankfurter Allgemeinen«<sup>2</sup> fragte: »Was wird aus den sozialistischen Heldenkmalern der DDR?«, illustrierte die »FAZ« seinen Artikel mit dem Berliner Lenin-Denkmal. Ein Jahr später wurde, wie die »Berliner Zeitung« berichtete, das Denkmal durch Stadtentwicklungssenator Volker Hassemer von der Liste der Denkmäler gestrichen. Damit hatte die »Stunde für Lenin geschlagen«. Die Demontage konnte beginnen. Am 8. November fiel der erste Granitblock, wurde die steinerne Fahne im Rücken Lenins entfernt. Drei Monate benötigte man für den vollständigen Abriß. Zeitungsmeldungen zufolge soll die Beseitigung nicht die kalkulierten 100 000 DM, sondern 500 000 DM gekostet haben. In der »Berliner Zeitung« war gar von zwei Millionen DM die Rede. Abgelegt worden sind die Einzelteile in der Kiesgrube im Köpenicker Stadtforst. Um Baugrund ging es in diesem Fall nicht, wie Thomas Rietzschel gemeint hatte; in »aller Stille« wurde der Platz auch nicht entrümelt.<sup>3</sup> Während der dreimonatigen Demontage versammelten sich immer wieder einige Hundert Menschen, teils um den Vorgang zu beobachten, teils um gegen den gewaltsamen Akt zu protestieren. Zurückgeblieben ist ein leerer, in »Platz der Vereinten Nationen« umbenannter Ort mit einem Rondell und einem Rundsockel, die beide einst aus 6 000 Granitplatten bestanden. Stehen geblieben sind auch die um das Rondell einen Halbkreis bildenden Fahnenmaste.

Zwanzig Jahre bin ich fast täglich an dem »Lenin« vorbeigegangen. Selten sah ich ihn an, denn er lud zum Anschauen nicht ein. Aufschauen war gefordert. Fast immer hat er meine Gefühle provoziert. Des Abends, unter künstlicher Beleuchtung, bekam der rote Granit einen gespenstischen grauen Ton.

Mit dem sich nach Öffnung der Mauer verändernden Leben bemerkte ich, daß meine Abneigung gegen das Lenin-Denkmal schwand. Dieser überdimensionierte »Lenin« wurde für mich ein steinernes Monument, das bei mir keine Emotionen mehr auslöste.

Der oben zitierte Satz von Fritz Cremer: »Wir brauchen heute keinen Menschen mehr, der wie Lenin aussieht«<sup>4</sup>, auf den ich in einem anderen Zusammenhang gestoßen war, fiel mir wieder ein und lenkte mein Interesse auf die Situation der Jahre 1967/68, die Zeit der Auftragsvergabe und Grundsteinlegung für das Denkmal.

Ein Mensch, der wie Lenin aussieht? Es wäre von vornherein ein Mißverständnis, zu denken, daß der Auftrag des Politbüros der SED an den Moskauer Bildhauer Nikolai Tomski<sup>5</sup> eine solche Absicht beinhaltet hätte. So wörtlich meinte das auch Cremer nicht, als er jenen Satz voller Empörung auf der Sitzung der Sektion Bildende Kunst der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin am 8. November 1968 her-

Einweihung des Leninplatzes mit Enthüllung des  
Leninmonuments am 19.4.1970



ausstieß. Denn am Vortag hatte Walter Ulbricht am Leninplatz den Grundstein für das dortige Neubauviertel gelegt. Am Sitzungstag selbst waren dann in der Ostberliner Presse erste Meldungen über das für diesen Platz vorgesehene Denkmal erschienen. Die »Berliner Zeitung« brachte ein Interview mit Nikolai Tomski, aus dem hervorging, daß den Bildhauer unlängst eine Delegation des Politbüros der SED in Moskau aufgesucht und ihm den Auftrag für das Denkmal erteilt hatte.

Die Tagesordnung der Sektionsitzung, zufällig einen Tag nach der Grundsteinlegung, sah drei Punkte vor: Vorbereitung der nächsten Plenartagung der Akademie, Auswahl von Meisterschülern und Vorbereitung einer Ausstellung »Bildende Kunst und Architektur« zu dem für 1969 bevorstehenden 20. Jahrestag der DDR. Aus diesem Grund nahm auch ein Vertreter des Ministeriums für Kultur teil. Als sich die Sitzung schon fast vier Stunden hingeschleppt hatte, störte Cremer unvermittelt die Runde mit einer Wortmeldung. Dem Protokoll sind u. a. folgende Sätze zu entnehmen: »Versucht es doch am Rande einmal mit deutscher Kunst.« – »Ich bin nicht der Meinung, daß der sozialistische Staat Großplastiken braucht.« – »Es wäre im gewissen Sinne internationalistisch, wenn wir jetzt in der Sowjetunion Denkmäler machen könnten. Aber so ist es ja nicht!«<sup>6</sup> Nach mehr als zwanzig Jahren deutsch-sowjetischer Freundschaft bahnte sich keineswegs ein paritätischer Kunstaustausch an; es blieb bei Drohungen, die schon 1946 auf dem ersten Künstlerkongreß in der sowjetisch besetzten Zone in Dresden von den Reden der Offiziere der sowjetischen Militäradministration, Alexander Dymshitz und Sergej Tjulpanow, ausgegangen waren.<sup>7</sup>

Mit seinen kurzen, prägnanten Sätzen versuchte Cremer die Aufmerksamkeit auf die ihn empörende Grundsteinlegung am Leninplatz zu lenken. Am Anfang der Sitzung hatte er bereits seinen Unmut darüber geäußert, daß dort etwas zelebriert worden war, wovon die Ostberliner Bildhauer erst aus der Zeitung erfuhren. Nicht dieser Umstand allein empörte. Hatte Cremer die Folgen bereits im Blick, waren sie absehbar oder nur zu vermuten? Bei den anwesenden Mitgliedern der Sektion fanden seine Äußerungen keine Resonanz. Zumindest ist im Protokoll nichts darüber

vermerkt. Die andern Mitglieder schwiegen. Sie äußerten sich nicht unterstützend, aber auch nicht gegen Cremer. Der anwesende Abteilungsleiter des Kultusministeriums umging eine direkte Auseinandersetzung, er stritt mit Cremer um Kleinigkeiten, und der Sekretär der Sektion wollte schnell auf die Ausstellungsvorbereitung zurückkommen, obgleich es darüber nichts zu entscheiden gab. Die Konzeption war bereits an anderer Stelle festgelegt worden. Cremer hatte sich Luft gemacht und dabei blieb es.

Worin lag das Brisante der Grundsteinlegung am Leninplatz? Es war nicht der Umstand allein, daß in Berlin ein Denkmal eines Moskauer Bildhauers errichtet werden sollte. Diese Grundsteinlegung griff wie eine Art Dressurakt in den seit 1945 schwelenden Konflikt zwischen SED-Führung und den Ostberliner Bildhauern um die gewünschten Personenstandbilder ein. An die sowjetischen Ehrenmale, die mehr als zwanzig Jahre zuvor im Osten Deutschlands errichtet worden waren, hatte man sich gewöhnt, ja sie schließlich als historische Zeugen akzeptiert. Man wußte, daß sie nicht nur Erinnerungsmale waren für die Gefallenen der Sowjetarmee im Zweiten Weltkrieg, daß sie auch als Anschauungsobjekte für den sozialistischen Realismus, der auch in der DDR zur einzig herrschenden Kunstrichtung gemacht werden sollte, gedacht waren. Als eine Reaktion der deutschen Bildhauer ist in diesem Zusammenhang die Aktion »Plastik im Freien« entstanden. Die reguläre Exposition im Treptower Park, angeregt 1955 durch einen von Fritz Cremer und Heinrich Drake unterzeichneten Aufruf, ist nur eine Straßenbreite vom Treptower Ehrenmal entfernt. Sie steht, ob man es wollte oder nicht, mit dem Ehrenmal im Dialog.

Trotz der immer wieder erhobenen offiziellen Forderung, die Vorbildrolle der sowjetischen Kunst zu akzeptieren, hielten die Bildhauer Ende der sechziger Jahre angesichts des politischen Klimas, das durch den Prager Frühling in die DDR herübergedrungen war, die direkten Eingriffe der sowjetischen Kulturpolitik für ein abgeschlossenes Kapitel der vierziger bzw. fünfziger Jahre. Der 1951 für die Berliner Stalinallee aus der Sowjetunion importierte »Stalin« ist 1961, kurz vor dem XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, in nur einer Nacht von der Nationalen Volksarmee demontiert worden. Ihm war kein »Lenin« eines DDR-Künstlers gefolgt, obwohl der Friedrichshainer Büschingplatz bereits seit 1951 dessen Namen trug.

Die sowjetischen Ehrenmale sind von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) in Auftrag gegeben worden, was man der Siegermacht zugebilligt hatte. Die gelegentlich an anderen Orten aufgestellten Denkmale sowjetischer Herkunft waren Geschenke oder sie standen auf dem von der Roten Armee genutzten Gelände.

Bei Tomskis Lenin handelte es sich jedoch um einen Auftrag, der von dem höchsten Machtgremium in der DDR, vom Politbüro des ZK der SED an einen Moskauer Bildhauer vergeben wurde. Oder war es letztlich eine persönliche Entscheidung Ulbrichts? Dies muß noch offenbleiben. Wie es zur Auftragserteilung im Namen des Politbüros kam, konnte nicht abschließend geklärt werden; die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen. Sicher jedoch ist, daß ein Jahr vor der Grundsteinlegung, auf der 32. Sitzung des Politbüros, am 21. November 1967, der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung des Leninplatzes zugestimmt und festgelegt worden ist, daß die künstlerische Gestaltung des Lenin-Denkmal bis zum 30. Juni 1968 dem Kulturminister, Klaus Gysi, vorgelegt werden sollte. Die Grundstein-



Einweihung des Leninplatzes mit Enthüllung des Leninmonuments am 19.4.1970

legung wurde vom Politbüro für den 7. November 1968 festgelegt, und dieses beauftragte den Magistrat von Berlin, für die Grundsteinlegung einen Termin zu beschließen.<sup>8</sup> Auf der am 30. November 1967 folgenden Beratung des Staatsrates der DDR mit Kulturschaffenden referierte der Minister für Kultur über die Beschleunigung des Aufbaus der Stadtzentren und die Neuordnung des Auftragswesens.<sup>9</sup> Mit dieser Absicht eröffnete sich für die Bildhauer in der DDR erstmals die Perspektive, an den nun freigegebenen Beträgen für »Kunst am Bau« zu partizipieren. Bis dahin war die Ausführung von Denkmälern für den städtischen Raum, die seit der Gründung der DDR immer wieder im Gespräch waren, vielfach auch an den mangelnden Mitteln und an einem nicht funktionierenden Auftragswesen gescheitert. Nun, da sich beides ändern sollte, wurde eine der ersten lohnenden Aufgaben auf kaltem Wege an einen Moskauer Bildhauer vergeben. Mit dieser Auftragsvergabe des Politbüros der SED an Tomski war, wie die folgenden Denkmalsaufträge zeigten, ein Präzedenzfall nicht für die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit, sondern für die Klärung der Machtverhältnisse in der seit der Gründung der DDR währenden Auseinandersetzung um die von der Führung gewünschten Repräsentationsdenkmäler für Lenin, Marx, Engels und Thälmann geschaffen. Hatten die sowjetischen Ehrenmale nach

1945 ihre direkte gestalterische Einflußnahme auf die Bildhauer in der DDR verfehlt, so war mit der Auftragsvergabe an Tomski ein Weg gezeigt, wie der öffentliche Raum der DDR von Staats wegen mit der gewünschten Repräsentationskunst auszustatten sei.

Das Zeremoniell von Grundsteinlegung und später das der Einweihung sollten aus vielerlei Gründen zu Staatsakten mit massiver Machtdemonstration ausgestaltet werden. Aufschauen sollten alle, nicht nur das Volk, sondern auch die Bildhauer zu dem Symbol der Macht aus Granit. Datum und Zeitpunkt der Grundsteinlegung am 7. November 1968, dem 51. Jahrestag der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution«, ermöglichen es, diesen Akt zu einem beeindruckenden Spektakel der Machtdemonstration zu gestalten. Am Vormittag des Tages trafen sich die höchsten Repräsentanten von Partei- und Staatsführung mit dem Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der UdSSR in der DDR, Pjotr A. Abrassimow, zur Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Um 15.00 Uhr fand in gleicher Besetzung die Grundsteinlegung an jenem Platz statt, dem achtzehn Jahre zuvor anlässlich des Deutschlandtreffens der Freien Deutschen Jugend der Name Lenins verliehen worden war. Das noch immer fehlende Denkmal sollte zum 100. Geburtstag Lenins eingeweiht werden und dem Platz in der Hauptstadt der DDR eine neue Dimension geben. 10000 Menschen bildeten die Kulisse für die Grundsteinlegung.<sup>10</sup>

Noch vor der Enthüllung des Denkmals wurde Nikolai Tomski am 27. Januar 1970 zum korrespondierenden Mitglied der Deutschen Akademie der Künste ernannt. Am 29. Januar eröffnete die Akademie eine Ausstellung seiner Werke und am 30. Januar meldete das »Neue Deutschland«, daß der Künstler in Begleitung des Botschafters Pjotr A. Abrassimow von Walter Ulbricht empfangen worden sei, um ihm für die schöpferische Arbeit am Denkmal zu danken. Am 19. April 1970 wurde das Denkmal enthüllt. Es war an einem Sonntag, und 200000 Menschen kamen gegen 10.30 Uhr zur Großkundgebung. Walter Ulbricht nannte das neue Berlin eine »Stadt der Befreiung, des Friedens und der Menschlichkeit«. Mit Blickrichtung zum Alexanderplatz meinte er, neue Symbole brauche diese Stadt. Die alten, für das untergegangene »fluchbeladene System des deutschen Imperialismus« symbolischen Gebäude – er erwähnte das Polizeipräsidium, die Hitlersche Reichskanzlei und auch das kaiserliche Schloß – seien »im Feuer des von diesem System gelegten Weltbrandes untergegangen.« Nun solle Lenin in dieser Stadt, im Zentrum Westeuropas von der »Kraft und dem Sieg der Ideen des Marximus-Leninismus« künden.<sup>11</sup>

In der Folge setzte eine Invasion sowjetischer Monumentalkunst in den Städten der DDR ein. Auch deutsche Künstler beteiligten sich an dem Wettlauf um Aufträge für Kunst auf Plätzen im öffentlichen Raum. Es wurden mehr oder weniger große Zugeständnisse an den gewünschten Stil gemacht. Andere blieben bei ihrer stilistischen Verweigerungshaltung oder nutzten die potentielle Vieldeutigkeit bildender Kunst.

Nur eineinhalb Jahre waren seit der Grundsteinlegung bis zur Einweihung von Tomskis 19 m hohem Granitkoloß benötigt worden. Vierundzwanzig Jahre hatte es gedauert, bis das Karl-Liebknecht-Forum in Potsdam fertig war.<sup>12</sup> Für ein Karl-Marx-Denkmal hatten verschiedene Bildhauer schon 1951 Entwürfe gemacht, die zwar nicht zu einem Auftrag führten, sondern zu dem Ansinnen Walter Ulbrichts, die Bildhauer aus der DDR mögen eine Zeitlang als Assistenten in den Moskauer

Großateliers arbeiten, um dort zu studieren, wie man repräsentative Personenstandbilder macht. Jahrelang wurde über Entwürfe für Denkmäler geredet, beschlossen, verworfen und wieder geredet. Erst 1974 wurde der Auftrag für ein Marx-Engels-Denkmal erteilt, bis zu dessen Ausführung zwölf Jahre vergingen. Ähnliches wäre über andere Vorhaben zu berichten. Das Thälmann-Denkmal, an dem Ruthild Hahne seit den frühen fünfziger Jahren gearbeitet hatte, konnte nicht vollendet werden. Schließlich erteilte Erich Honecker dem sowjetischen Bildhauer Lew Kerbel den Auftrag für das aus der Sicht des Politbüros überfällige Thälmann-Monument. Drei Jahre vor dem Sturz Honeckers wurde es im Prenzlauer Berg an der Greifswalder Straße eingeweiht. Es war das letzte Repräsentationsdenkmal, das in der DDR aufgestellt worden ist.

Weder Tomskis »Lenin« noch Kerbels »Thälmann« sind die dargelegten Zusammenhänge auf die Stirn geschrieben. Anzusehen sind ihnen jedoch die Demonstration des Machtanspruchs einer Führungsgruppe gegenüber dem Individuum, das hohle Pathos, der pervertierte Monumentalismus, der dem Menschen seine eigene Bedeutungslosigkeit vor Augen führen sollte.

Im Fall des Lenin-Denkmals hätte noch einiges dafür gesprochen, es stehen zu lassen. Nicht nur ästhetische Gründe, auch die Einbindung in den architektonischen Raum. Außerdem war es keines der üblichen bronzenen Serienerzeugnisse. Es hätte sich schon gelohnt, erst zu überlegen und den Bestand zu sichten, bevor entschieden wird, welche der Denkmäler entfernt werden und welche aus begründeten Überlegungen als visuelle Anschauungsobjekte eines beseitigten Systems erhalten werden sollten. Aber vielleicht war es eine bloße Demonstration für die Veränderung, da das reale Leben und die Menschen sich doch nicht so schnell verändern lassen, wie es so mancher sich wünscht. In jedem Fall dient die gewaltsame Entrümpelung von Geschichte nicht deren Aufarbeitung und begräbt auch die Illusion eines gewaltlosen Umgangs miteinander und mit den Zeugnissen der Geschichte.

Fritz Cremer, der 1968 gegen das Berliner Lenin-Denkmal war, der selbst kein Lenin-Denkmal, wohl aber einen Lenin-Kopf gemacht hat, hätte es – laut »Tagespiegel« vom 6. November 1991 – klüger gefunden, »einen der vielen originellen und klugen Vorschläge« aufzunehmen, die es zum Umgang mit Denkmälern gibt.<sup>13</sup>

## Anmerkungen

- 1 Neues Deutschland, 20. April 1970: Im neuen Berlin lebt Lenins Werk, Ansprache Walter Ulbrichts auf S. 4.
- 2 Thomas Rietzschel: Marx und Engels dösen in die Zukunft. Umbenennungen, kein Bildersturm. Was wird aus den sozialistischen Heldendenkmälern der DDR? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. Oktober 1990.
- 3 Ebenda. Ich beziehe mich auf die folgenden zwei Sätze aus dem Artikel von Thomas Rietzschel: »Ihre Stunde hat geschlagen, sobald der Baugrund gebraucht wird ...« und »Aber noch besteht die Chance, daß die Betroffenen das Panoptikum in aller Stille entrümpeln ...«
- 4 Nach dem stenografischen Protokoll der Sitzung der Sektion Bildende Kunst der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin vom 8. November 1968. Akademie der Künste zu Berlin (Ost), Akademie-Archiv, Akte 510.
- 5 Nikolai Tomski (19.12.1900-17.11.1984), Bildhauer, Mitglied und langjähriger Präsident der Moskauer Akademie der Künste, seit 27.1.1970 korrespondierendes Mitglied der deutschen Akademie der Künste zu Berlin (Ost). Träger des Stalin-Preises. 1972 erhielt er für das Berliner Lenin-Denkmal in Moskau den Lenin-Preis.
- 6 Siehe Anm. 4.
- 7 Vgl. hierzu Maria Rüger: Kunst als »Zeichen« humanistischer Gesinnung und Toleranz. In: Zwischen künstlerischer Selbstbestimmung und politischer Vormundschaft. Hrsg. von der Akademie der Künste zu Berlin (Ost). Protokoll einer Arbeitstagung vom 23. bis 24. Mai 1989. Berlin 1990.
- 8 Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED vom 21. November 1967, Nr. 32. Zentrales Parteiarchiv der SED. Sig. J IV. 2/2/1142.
- 9 Rede Klaus Gysis auf der V. Sitzung des Staatsrates anlässlich der gemeinsamen Beratung mit Kulturschaffenden, 30. November 1967. In: Dokumente zur Kunst-, Literatur- und Kulturpolitik der SED. Hrsg. von Elimar Schubbe, Seewald-Verlag, Stuttgart 1972.
- 10 Neues Deutschland, 8. November 1968: Mit diesem Platz im Herzen der Hauptstadt ehren wir W. I. Lenin.
- 11 Vgl. Anm. 1.
- 12 Vgl. hierzu Brigitte Hartel: 24 Jahre Bauzeit für das Karl-Liebknecht-Denkmal in Potsdam. In: Bildende Kunst, Berlin 1990, H. 8, S. 49-53.
- 13 Tagesspiegel, 6. November 1991: Abriß des Lenin-Denkmal soll am heutigen Mittwoch beginnen.

## Anhang

Die Sitzung der Akademie-Sektion für Bildende Kunst vom 8. November 1968 hatte eine Vorgeschichte und ein Nachspiel. Da beide die Debatte berühren, soll im zweiten Teil hiervon die Rede sein.

In den archivierten Akten der Akademie befindet sich die Mitteilung eines leitenden Mitarbeiters der Fachabteilung Bildende Kunst an den Direktor der Akademie, datiert mit dem 6. Mai 1968.

In diesem Schreiben werden Vorschläge für Zuwahlen in der Sektion erörtert. Es wird die Erwartung geäußert, daß fast alle Mitglieder diese Vorschläge akzeptieren könnten bis auf den »Muffkopf« Cremer, der möglicherweise opponieren werde. »Aber diesem Genossen Cremer« – so heißt es weiter über den Künstler – »ist infolge seines unqualifizierten Auftretens bei vielen Gelegenheiten und infolge des sich in

seinen neuesten Schöpfungen überdeutlich sich zeigenden ideologischen und künstlerisch-handwerklichen Verfalls die Urteilskraft abzuspochen.«<sup>1</sup> Zu fragen wäre, warum ein so herabwürdigendes Urteil zu diesem Zeitpunkt? Warum sollte Cremer die Urteilskraft abgesprochen werden? Und welche Schöpfungen waren damit gemeint? War das am 5. Mai 1967 in Mauthausen aufgestellte Mahnmal »O', Deutschland bleiche Mutter«, an dem Cremer seit dem Mauerbau 1961 gearbeitet hatte, gemeint? Oder waren es der »Aufsteigende«, der »Galilei« oder der »Spanienkämpfer«, den man seit September am Rande des Friedrichshains besichtigen konnte? Diese Fragen müssen offen bleiben.

Das angeblich »unqualifizierte Auftreten bei vielen Gelegenheiten« usw. läßt sich eher lokalisieren. Ein möglicher Zusammenhang scheint zu den Wortgefechten von Fritz Cremer auf Plenartagungen der Akademie zu bestehen.

Auf der Plenartagung am 23. Juni 1967 schleuderte er dem Politbüromitglied Kurt Hager den Satz entgegen: »Ich bin überhaupt nicht einverstanden.«<sup>2</sup> Einige Monate später, am 31. Mai 1968 konfrontierte er Alexander Abusch, den amtierenden Ministerpräsidenten, mit der Frage: »Wollen wir Kunst, die die Menschen auf die Knie zwingt?«<sup>3</sup> Solche Kritik konnte nicht folgenlos sein, bedenkt man die Situation.

Kurt Hager war im Juni 1967 in die Akademie gebeten worden, um damals aktuelle Probleme des kulturell-geistigen Lebens nach dem VII. Parteitag der SED darzulegen. Die Veranstaltung sollte ihm zusätzlich eine Möglichkeit geben, die Kulturschaffenden auf »die Vollendung des Aufbaus des Sozialismus« einzustimmen. Dazu waren außer den Mitgliedern der Akademie der Künste Vertreter der Künstlerverbände und anderer kulturverantwortlicher Institutionen sowie aus entsprechenden Führungspositionen der SED und des Staates eingeladen worden. Cremer bezog sein »Ich bin überhaupt nicht einverstanden!« auf den »Zustand, in dem wir uns befinden«, auf das, was er, Cremer, von den Erörterungen und Beschlüssen des VII. Parteitages über die Bildende Kunst gehört habe, und auf das, »was der Genosse Hager heute gesagt habe«. Außerdem sei er der Meinung, so fügte er hinzu, »daß wir langsam dabei sind, unsere Errungenschaften in Frage zu stellen, weil wir eine falsche Kulturpolitik machen.«<sup>4</sup> Schließlich drohte er sogar, aufzuhören, Bildhauer sein zu wollen, wenn dies nur noch im Rahmen der sechs Punkte, die Walter Ulbricht auf dem Parteitag für die Bildende Kunst genannt habe, möglich sei. Akademiepräsident Eduard Claudius forderte nach Cremers Einwüfen Kurt Hager zum Schlußwort auf. Doch so einfach ging das nicht, wie das der folgende, nochmals zehn Seiten umfassende Teil des Protokolls zeigt. Cremer gab keine Ruhe. Am Beispiel der kurz zuvor auf Anordnung geschlossenen Studentenausstellung der Dresdner Kunsthochschule kam er auf den Konflikt zwischen Laienkunstbewegung und professioneller Kunst zu sprechen, der von der Politik geschürt, wenn nicht inszeniert worden war. Diesen Konflikt zu verstehen, mag dem DDR-Unkundigen schwer fallen. Er mag kurios erscheinen. Die Künstler aber fühlten sich durch und in diesem Konflikt unter Druck gesetzt. Zum einen durch den bombastischen Aufwand, mit dem die Förderung der Laienkunstbewegung betrieben wurde, den übertriebenen Stellenwert, der ihr von der Partei- und Staatsführung zugemessen wurde. Außerdem wurde ihnen dieselbe unter der Devise: Seht, wie lebensbejahend, optimistisch, partei- und volksverbunden diese Kunst ist! wie ein Spiegel, in den sie blicken sollten, vorgehalten. Gleichzeitig sind die schwer erkämpften stilistischen Freiräume

immer wieder eingeschränkt worden, und gegen sogenannte dekadente westeuropäische Einflüsse hagelte es Repressalien.

Zum Atmosphärischen der Tagung sei angemerkt: Selbst als Cremer die anwesenden Dresdner Mitglieder aufforderte zu sprechen, entschloß sich nur Lea Grundig, das Wort zu nehmen, wobei sie lediglich die von Cremer öffentlich als Beispiel angeführte Schließung der Studentenausstellung lapidar bestätigte. Zu den grundsätzlichen Fragen des Disputs wurde geschwiegen, man versuchte zu beschwichtigen, um eine Eskalation zu verhindern. Schließlich waren die Mitglieder der Akademie der Künste nicht unter sich. Aber es fiel Cremer auch niemand in den Rücken. Und er lenkte nicht ein. So mußte sich Kurt Hager vor der versammelten Prominenz der Kulturfunktionäre bloßgestellt fühlen.

Auf der Plenartagung »Architektur und bildende Kunst« im Mai 1968 führte Cremer seinen Disput mit führenden Genossen des Politbüros fort. Natürlich ahnte er nichts von dem zuvor verfaßten diffamierenden Schreiben. Spürbar wurden jedoch die Befürchtungen der SED-Führung, die Bewegung des Prager Frühlings könnte auch die DDR erfassen. Als Reaktion darauf wurde die Akademie veranlaßt, für die Sektion Bildende Kunst Künstler vorzuschlagen, von denen eine politische Zuverlässigkeit zu erhoffen war. Die Diskussion über monumentale Kunst, die Fritz Cremer auf der Plenartagung im Mai 1968 mit der Frage verbunden hatte: Was denn nun menschlich sei, wenn in Prag das Stalin-Denkmal vor fünfzehn Jahren im Namen der Menschlichkeit errichtet und fünf Jahre später wiederum im Namen der Menschlichkeit weggeräumt wurde, ist drei Monate später durch den Einmarsch der Truppen des Warschauer Vertrages in die Tschechoslowakei gegenstandslos gemacht worden.

Die noch offene Forderung Cremers, Denkmale sollten zum Denken herausfordern und nicht als bloße Bestätigung von Ideologie mißbraucht werden, ist mit der Auftragsvergabe an Nikolai Tomski und andere sowjetische Bildhauer beantwortet worden. Indes, die Plenartagung vom Mai 1968 hatte beschlossen, die Diskussion über die offenen Fragen der monumentalen Kunst im kleineren internen Kreis der Sektion fortzusetzen, was dann am 8. November 1968 geschehen ist.

Mit Mauerbau und Unterdrückung des Prager Frühlings wurden in den sechziger Jahren Realitäten geschaffen, die der Reformierbarkeit des Sozialismus entgegenstanden. Um so ungestörter konnte der 20. Jahrestag der DDR als »Fortschritt bei der Vollendung des Sozialismus« gefeiert werden.

## Anmerkungen

- 1 Mitteilungen an den Direktor der Akademie vom 6.5.1968. Archiv der Akademie der Künste zu Berlin (Ost), Akte 505.
- 2 Protokoll der Plenartagung der deutschen Akademie der Künste vom 23.6.1967.

- Ebenda, Akte 651.
- 3 Protokoll der Plenartagung der Deutschen Akademie der Künste vom 31.5.1968. Ebenda, Akte 652.
- 4 Vgl. Anm. 2.